



Peter Lüscher, lic. iur.
Geschäftsführer der AIHK, Aarau

Wählen Sie bürgerlich-wirtschaftsfreundlich

Liebe Leserinnen und Leser

Am 23. Oktober wählen die Aargauer Stimmberechtigten Parlament und Regierung für die Amtsperiode 2017 bis 2020. Gelegenheit, eine wirtschaftsfreundliche Mehrheit zu schaffen. Das nützt letztlich Arbeitnehmern wie Arbeitgebern. Bevölkerung und Staat profitieren nämlich von einer Wirtschaft, der es gut geht. Mit der Sanierung der Staatsfinanzen, mit der Realisierung grosser Verkehrsvorhaben, mit grundlegenden bildungspolitischen Entscheiden, mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative sowie mit der Unternehmenssteuerreform III stehen Weichenstellungen an, die für die Standortqualität unseres Kantons entscheidend sind. Der Vorstand der Aargauischen Industrie- und Handelskammer ist der Auffassung, unser Kanton verdiene und brauche eine

klar bürgerliche und wirtschaftsfreundliche Regierung. Damit die einzelnen Regierungsglieder die bestmögliche Wirkung erzielen können, müssen sie sich auf eine politische Hausmacht stützen können. Deshalb unterstützt der Kammervorstand nur Kandidierende der drei bürgerlichen Regierungsparteien.

Der Vorstand der AIHK empfiehlt demzufolge für den ersten Wahlgang folgende vier Personen zur Wahl: Stephan Attiger (FDP, bisher), Alex Hürzeler (SVP, bisher), Dr. Markus Dieth (CVP, neu) und Franziska Roth (SVP, neu).

Nehmen Sie Ihr Wahlrecht wahr. Nutzen Sie dabei auch die Gelegenheit, wirtschaftsfreundliche Personen in den Grossen Rat zu wählen und so die bürgerlichen Regierungsparteien zu stärken.

Sprachengesetz: Harmonisierung vs. Föderalismus

Noch bis Ende Monat läuft die Vernehmlassung zum Sprachengesetz. Mit der vorgeschlagenen «Änderung des Bundesgesetzes über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften» will Bundesrat Berset die Kantone unter Druck setzen, auf Primarstufe den Unterricht in einer zweiten Landessprache zu harmonisieren. In Unternehmerkreisen sind die Meinungen unterschiedlich. Was halten Sie davon?
> Seite 62

Einmal JA und zweimal NEIN am 25. September

Drei Vorlagen kommen Ende Monat zur Abstimmung. Während sich der AIHK-Vorstand für das neue Nachrichtendienstgesetz ausspricht, empfiehlt er die beiden Volksinitiativen «AHVplus» und «Grüne Wirtschaft» ganz klar zur Ablehnung. Die Prognosen für den Urnengang zeigen: Es wird ein harter Kampf. Insbesondere die zwei Initiativen geniessen in der Stimmbevölkerung noch viel Rückhalt, denn sie klingen erst einmal sympathisch. Höchste Zeit, um die Mogelpackungen zu enttarnen. > Seite 64

Flexibilisierung der Arbeitszeit

Die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) hat einen neuen Gesamtarbeitsvertrag abgeschlossen. Der Gesamtarbeitsvertrag regelt die Erfassung der Arbeitszeit. Die politischen Diskussionen über die Flexibilisierung der Arbeitszeit werden dadurch aber nicht zu einem Ende kommen. Das Bundesparlament wird demnächst über zwei vielversprechende Parlamentarische Initiativen befinden.
> Seite 66

Serie: Bundesparlamentarier im Duett befragt

Seit dem letzten Herbst, als der Aargau seine Vertreterinnen und Vertreter für den National- und Ständerat gewählt hat, sind bereits einige Monate vergangen. Zeit, um den gewählten Politikerinnen und Politikern auf den Zahn zu fühlen: Im Rahmen einer Serie bittet die AIHK jeweils zwei Aargauer Bundesparlamentarier zum Direktvergleich. Heute im Fokus sind Bernhard Guhl von der BDP und Thierry Burkart von der FDP.
> Seite 68



Volksabstimmungen vom 25. September 2016

Der AIHK-Vorstand hat folgende Parolen beschlossen:

Bund:

Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» **NEIN**

Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV» **NEIN**

Änderung des Bundesgesetzes über den Nachrichtendienst **JA**

www.aihk.ch/abstimmungen